

Datenschutzerklärung

Hinweis zur verantwortlichen Stelle

Die verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung auf dieser Website ist:

Name	Anwaltskanzlei Daniel Palotai dr. Daniel Palotai dr.
Sitz	H-1145 Budapest, Amerikai út 90/F. mfszt. 1.
Registrierungsnummer bei der Anwaltskammer Budapest	36066727
Telefon	+36 30 9918 402, +36 1 332 0075
E-mail	iroda@palotaidaniel.hu

Der für die Verarbeitung Verantwortliche ist für die Gestaltung dieser Datenschutzerklärung sowie für die Durchsetzung und Umsetzung aller erforderlichen Änderungen verantwortlich. Die aktuelle Fassung der Datenschutzerklärung ist auf der Webseite des Verantwortlichen verfügbar.

1 Zweck der Datenschutzerklärung

Palotai Daniel dr. Rechtsanwalt (nachfolgend "Verantwortlicher") ist dem Schutz und der Sicherheit personenbezogener Daten und der Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung verpflichtet. Daher hat der Verantwortliche bei der Erstellung dieser Datenschutzerklärung die Grundsätze, Anforderungen und Bestimmungen, die für die Verarbeitung personenbezogener Daten gelten, in vollem Umfang berücksichtigt und trifft alle erforderlichen Sicherheits-, technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Sicherheit der personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Aus diesem Grund informiert der Verantwortliche die betroffenen Personen im Rahmen dieser Datenschutzerklärung in transparenter und verständlicher Weise darüber, wie er die personenbezogenen Daten identifizierter oder identifizierbarer natürlicher Personen (nachfolgend "betroffene Personen") während des Besuchs seiner Webseite www.palotaidaniel.hu (nachfolgend "Webseite") und im Zusammenhang mit seiner Dienstleistungen (Rechtsdienstleistungen) verarbeitet, und zwar unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen und Grundsätze für eine rechtmäßige Datenverarbeitung und für den Datenschutz.

In dieser Datenschutzerklärung werden die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, die Rechtsgrundlagen, die Dauer der Verarbeitung, die Empfänger (d. h. wer Zugang zu den personenbezogenen Daten der betroffenen Personen hat), und die Rechte der betroffenen Personen in Bezug auf die Verarbeitung ihrer Daten dargelegt. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten der betroffenen Personen für die in

dieser Erklärung dargelegten Zwecke und in dem Umfang, der für die Erfüllung dieses Zwecks erforderlich ist, in Übereinstimmung mit der rechtmäßigen Verarbeitung, den Grundsätzen und Anforderungen des Datenschutzes und der Datensicherheit sowie dem Recht der betroffenen Personen auf informationelle Selbstbestimmung.

Der Verantwortliche bittet die betroffenen Personen, diese Datenschutzerklärung sorgfältig zu lesen, bzw. ihre Änderungen zu beachten.

2 Anwendungsbereich

Diese Datenschutzerklärung umfasst alle wichtigen Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten von Besuchern, Mandanten/Mandantinnen und Vertragspartnern (nachfolgend "Besucher, Mandant/Mandantin oder betroffene Person").

3 Rechtsvorschriften

Die Datenschutzerklärung basiert auf folgender Rechtsvorschriften:

- Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (nachfolgend "DSGVO"),
- Gesetz Nr. CXII von 2011 über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit (nachfolgend das ungarische "Infotv."),
- Gesetz Nr. CVIII von 2001 über bestimmte bestimmte Aspekte des elektronischen Geschäftsverkehrs und der Dienste der Informationsgesellschaft (nachfolgend "Elker tv."),
- Gesetz Nr. LIII von 2017 zur Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (nachfolgend das ungarische „Pmt.”),
- Gesetz Nr. LXXVIII von 2017 über die Rechtsanwaltschaft (nachfolgend „Rechtsanwaltschaftsgesetz”),
- Gesetz Nr. XXV von 2023 über Beschwerden, Mitteilungen von öffentlichem Interesse und Vorschriften über die Meldung von Fehlverhalten,

- Gesetz V von 2013 über das Bürgerliche Gesetzbuch,
- Gesetz Nr. CL von 2017 über die Steuerverfahrensordnung,
- Gesetz C von 2000 über die Rechnungslegung (nachfolgend "Rechnungslegungsgesetz").

4 Grundbestimmungen

Auftragsverarbeiter: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.

Verarbeitung: jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung Verarbeitung.

Einschränkung der Verarbeitung: die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken.

Verantwortlicher: die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet; sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so kann der Verantwortliche beziehungsweise können die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden.

Empfänger: eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht. Behörden, die im Rahmen eines bestimmten Untersuchungsauftrags nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten 4.5.2016 DE Amtsblatt der Europäischen Union L 119/33 möglicherweise personenbezogene Daten erhalten, gelten jedoch nicht als Empfänger; die Verarbeitung dieser Daten durch die genannten Behörden erfolgt im Einklang mit den geltenden Datenschutzvorschriften gemäß den Zwecken der Verarbeitung.

Betroffene Person: eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person.

Einwilligung der betroffenen Person: jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen bestätigenden Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist.

Personenbezogene Daten: alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als

identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.

5 Betroffene Personen

Der Verantwortliche verarbeitet die Daten der folgenden betroffenen Personen im Rahmen seiner Dienstleistungserbringung:

- Besucher/Mandanten oder Mandantinnen,
- Potenzielle Mandanten oder Mandantinnen, d. h. natürliche Personen, die sich an das Unternehmen wenden, um die Dienstleistungen des Verantwortlichen in Anspruch zu nehmen,
- Bevollmächtigte Vertreter von juristischen Personen,
- Gegebenenfalls andere Personen, die an der Dienstleistungserbringung beteiligt sind.

6 Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Der Verantwortliche definiert im Folgenden die wichtigsten Kategorien von den verarbeiteten personenbezogenen Daten:

- Daten, die für die Identifizierung der betroffenen Personen erforderlich sind
 - Name, Geburtsname, Adresse;
- Daten, die für Kontaktaufnahme erforderlich sind
 - E-Mail-Adresse, Wohnort oder Wohnsitz, Anschrift, Handynummer;
- Daten, die für die Vorbereitung eines Vertrags oder die Erbringung einer Dienstleistung, für den Abschluss eines Vertrags, für die Ausübung von Rechten und Pflichten aus dem Vertrag oder für die Abrechnung nach Beendigung eines Rechtsverhältnisses erforderlich sind
 - die für die Identifizierung und Kontaktaufnahme erforderlichen Daten, der Gegenstand des Vertrags;
- Daten, welche erforderlich sind zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen
 - Daten in Buchhaltungsunterlagen, Zahlungsvorgänge; persönliche Daten und Kopien von persönlichen Dokumenten, die für die Identifizierung des Mandanten/Mandantinnen gemäß des Rechtsanwaltschaftsgesetzes und des Pmt. erforderlich sind
- Daten, die für die Bearbeitung von Beschwerden und Anzeigen von Missbräuchen im Sinne gesetzlicher Verpflichtungen, des Gesetzes Nr. XXV von 2023 über

Beschwerden, Mitteilungen von öffentlichem Interesse und Vorschriften über die Meldung von Missbräuchen erforderlich sind

- Name, Kontaktdaten, Anschrift, Handynummer, evtl. andere Daten je nach Art der Beschwerde/Anzeige.

7 Zwecke der Datenverarbeitung

Der Verantwortliche verarbeitet personenbezogene Daten, die für den Zweck der Verarbeitung unerlässlich sind und die geeignet sind, den Zweck der Verarbeitung zu erreichen.

Der Verantwortliche definiert im Folgenden die möglichen Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten:

- Identifizierung der betroffenen Personen,
- Kontaktaufnahme mit den betroffenen Personen,
- Vorbereitung/Begründung eines Vertrags, die Erbringung einer Dienstleistung, der Abschluss eines Vertrages,
- Ausübung/Durchsetzung der Rechte und Pflichten der Parteien aus dem Vertrag,
- Verarbeitung von Daten ist durch gesetzliche Vorschriften gestattet (z. B. Rechte und Pflichten der betroffenen Personen, die Abrechnung nach Beendigung eines Rechtsverhältnisses),
- Bereitstellung von Daten laut gesetzlicher Pflicht,
- Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten,
- Beschwerdemanagement.

8 Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

Der Verantwortliche stützt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf einer oder mehrere der folgenden Rechtsgrundlagen:

- die betroffene Person hat ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben;
- die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen;
- die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt;
- die Verarbeitung ist erforderlich, um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen;

- die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt.

Der Verantwortliche sichert, dass eine der oben genannten Rechtsgrundlagen während der gesamten Dauer der Verarbeitung beibehalten wird. Wenn eine Rechtsgrundlage nicht mehr besteht, beispielsweise weil die betroffene Person ihre Einwilligung widerrufen hat und es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten gibt, ist die weitere Verarbeitung der Daten unrechtmäßig, und der Verantwortliche löscht alle Daten der betroffenen Person.

Der Widerruf der Einwilligung gilt nicht rückwirkend für Verarbeitungen, die vor dem Widerruf der Einwilligung der betroffenen Person rechtmäßig durchgeführt wurden.

9 Dauer der Speicherung

Dauer der Speicherung

Der Verantwortliche speichert die einzelnen Kategorien von Daten wie folgt:

- personenbezogene Daten für 5 Jahre nach Beendigung eines Rechtsverhältnisses (Vertrages), für 5 Jahre nach dem endgültigen Abschluss des Falles, in dem der Verantwortliche als Anwalt beauftragt wurde,
- Kaufverträge und Dokumente, die im Rahmen von gerichtlichen Firmenverfahren erstellt wurden, für einen Zeitraum von 10 Jahren ab dem Datum der Gegenzeichnung des Vertrages oder der Dokumente gemäß dem Rechtsanwaltschaftsgesetz,
- Transaktionsdaten, Buchhaltungsunterlagen für 8 Jahre gemäß § 169 (2) des Rechnungslegungsgesetzes,
- Daten, die während einer Kontaktaufnahme und/oder während der Kommunikation mit der betroffenen Person entstehen - bis zum Erreichen des Zwecks der Verarbeitung,
- Daten, die im Rahmen von Beschwerdemanagement verarbeitet sind und die Dokumentation der Beschwerde für einen Zeitraum, der für die Bearbeitung, bzw. Behandlung der Beschwerde erforderlich ist, aber höchstens bis zu 5 Jahren ab dem Eingang der Beschwerde, so dass der Verantwortliche im Falle von Rechtsstreitigkeiten nachweisen kann, dass er sich rechtmäßig verhalten hat,

- Daten, die auf der Grundlage der Einwilligung der betroffenen Person verarbeitet werden - bis zum Widerruf der Einwilligung.

10 Art und Weise zur Speicherung personenbezogener Daten

Für die Speicherung personenbezogener Daten gelten die Grundsätze der rechtmäßigen und zweckmäßigen Verarbeitung. Der Verantwortliche speichert personenbezogene Daten in identifizierbarer Form gemäß seinen internen Richtlinien, in denen allgemeine Regeln und Verfahren für die Speicherung personenbezogener Daten festgelegt sind.

Der Verantwortliche trifft geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um die Vertraulichkeit und Sicherheit der personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Personenbezogene Daten werden vom Verantwortlichen in seinen eigenen IT-Systemen oder in den Systemen seiner Dienstleister und Partner, die vom Verantwortlichen betrieben werden und über eine angemessene Sicherheitszertifizierung verfügen, oder in Papierform in verschlossenen und abgetrennten Räumlichkeiten gespeichert, die unbefugte Datenzugriffe verhindern gemäß der Vorschriften des Rechtsanwaltstätigkeitgesetzes.

11 Beschreibung und Umfang von Datenverarbeitung

11.1. Kontaktaufnahme

Umfang der verarbeiteten Daten: Name, Kontaktdaten und andere Daten der potenziellen Mandanten/Mandantinnen, bzw. Dateb, die von der bevollmächtigten Kontaktperson des potenziellen Geschäftspartners bereitgestellt werden

Zweck der Datenverarbeitung: Bearbeitung von Anfragen von potenziellen Mandanten/Mandantinnen und Geschäftspartnern, Management von Anfragen und Bedürfnissen

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung: Die betroffene Person hat ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben (Artikel 6 Absatz (1) a) der DSGVO), indem man sich an den Verantwortlichen wendet, eine Nachricht schickt und die Kontaktdaten angibt.

Die Namen und Kontaktdaten der Ansprechpartner von Geschäftspartnern werden vom Verantwortlichen auf der Rechtsgrundlage des berechtigten Interesses der Parteien gemäß Artikel 6 Absatz (1) f) der DSGVO verarbeitet, da es im berechtigten Interesse der Parteien liegt, die Kommunikation für geschäftliche Zwecke aufrechtzuerhalten. Die betroffene Person hat das Recht, gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen.

Dauer der Verarbeitung: bis zum Erreichen des Zwecks der Verarbeitung oder bis zum Widerruf der Einwilligung der betroffenen Person. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen, indem sie eine schriftliche Widerrufserklärung an die Anschrift oder E-Mail-Adresse des Verantwortlichen schickt. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf

erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Die Daten der Ansprechpartner des Geschäftspartners werden bis zum Widerspruch der betroffenen Person verarbeitet.

Datenübermittlung: die Daten werden zu Hosting-Zwecken an DotRoll Kft. (H-1148 Budapest, Fogarasi út 3-5.) übermittelt.

11.2. Erbringung von Dienstleistungen, Ausführung von Mandaten, anwaltliche Vertretung

Umfang der verarbeiteten Daten: Vor- und Nachname des Mandanten/der Mandantin oder des Partners, E-Mail-Adresse, Rechnungsdaten, Adresse, Telefonnummer, im Vertrag aufgezeichnete persönliche Daten, während der Ausführung des Mandats verarbeitete Daten (z. B. Fallnummer, Datum, Gegenstand des Mandats), Identifikationsnummer und Fotokopien von persönlichen Dokumenten

Zweck der Datenverarbeitung: Ausführung des Mandats, Ausübung von Rechtsanwaltschaftstätigkeiten, Erteilung von Auskünften und Abstimmung der Einzelheiten des Mandats, Ausstellung von Rechnungen, Buchführungs- und Steuerpflichten, Pflichten zur Identifizierung des Mandanten/der Mandantin

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung:

- bei Mandaten ist die Verarbeitung für die Erfüllung eines Vertrags erforderlich, in welchem eine Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen (Artikel 6 Absatz (1) b) der DSGVO);
- die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt gemäß Artikel 6 Absatz (1) c) der DSGVO, 169 § (2) des Rechnungslegungsgesetzes, § 32 (1), (3) des Rechtsanwaltstätigkeitgesetzes, § 6 des ungarischen Pmt.
- **Dauer der Datenverarbeitung:**
 - Rechnungsdaten werden gemäß § 169 Absatz (2) des Rechnungsgesetzes bis zum Ende des 8. Jahres nach Ausstellung der Rechnung verarbeitet,
 - Daten zur Identifizierung des Mandanten/der Mandantin bis zum Ende des 8. Jahres ab dem Datum der Identifizierung gemäß § 56 (2) des ungarischen Pmt.,
 - andere Daten bis zum Ende des 5. Jahres nach Beendigung des Mandats gemäß § 53 (3) des Rechtsanwaltstätigkeitgesetzes,
 - im Falle der Gegenzeichnung einer Urkunde bis zum Ende des 10. Jahres nach der Gegenzeichnung der Urkunde und im Falle der Eintragung eines Rechts an einem Grundstück in das öffentliche Register bis zum Ende des 10. Jahres nach der Eintragung des Rechts. Über diesen Zeitraum hinaus werden Daten verarbeitet, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist.

Datenübermittlung: Übermittlung der Rechnungsdaten an KBOSS.hu Kft. (számlázz.hu, H-1031 Budapest, Záhony u. 7.) und sonstige Daten werden zu Hosting-Zwecken an DotRoll Kft. (H-1148 Budapest, Fogarasi út 3-5.) übermittelt.

Bereitstellung von Daten: Die Bereitstellung der für die Ausführung des Mandaten und für die Rechnung erforderlichen Daten ist obligatorisch, da der Verantwortliche ohne diese Daten den Vertrag (das Mandat) nicht erfüllen kann.

11.3. Beschwerdemanagement, Anzeige von Fehlverhalten

Umfang der verarbeiteten Daten: Name, Kontaktdaten, sonstige Daten, die der Antragsteller angibt

Zweck der Datenverarbeitung: Bearbeitung von Beschwerden/Anträgen, Durchsetzung von Rechten und rechtlichen Interessen, Wahrung der Rechte der Mandanten/Mandantinnen und des Verantwortlichen, Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung: die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt (Artikel 6 Absatz (1) c) der DSGVO), gemäß § 18 (2) des Gesetzes Nr. XXV von 2023 über Beschwerden, Mitteilungen von öffentlichem Interesse und Vorschriften über die Meldung von Fehlverhalten

Dauer der Verarbeitung: da der für die Verarbeitung Verantwortliche sich dem von der Ungarischen Anwaltskammer betriebenen Meldesystem angeschlossen hat, bewahrt er die direkt bei ihm eingegangenen Beschwerden/Anzeigen nicht auf, sondern informiert den Antragsteller darüber, dass er/sie Fehlverhalten bei der Ungarischen Anwaltskammer anzeigen kann

Datenübermittlung: Daten werden zu Hosting-Zwecken an DotRoll Kft. (H-1148 Budapest, Fogarasi út 3-5.) übermittelt.

11.4 Rechnungen

Umfang der verarbeiteten Daten: Name, Adresse, Steuernummer (falls vorhanden), sonstige Rechnungsdaten

Zweck der Verarbeitung: Nachweis der Transaktion, Erfüllung von Buchführungspflichten

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung: die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt gemäß Artikel 6 Absatz (1) c) der DSGVO, § 169 Absatz (2) des Rechnungslegungsgesetzes

Dauer der Verarbeitung: bis zum Ende des 8. Jahres nach Ausstellung der Rechnung gemäß Artikel 169 Absatz (2) des Rechnungslegungsgesetzes

Bereitstellung von Daten: wegen der gesetzlichen Buchführungspflichten des Verantwortlichen ist die Verarbeitung durch gesetzliche Vorschriften gestattet, daher ist die Bereitstellung der für die Rechnung erforderlichen Daten obligatorisch.

12 Cookies

Ein Cookie ist eine kleine Datendatei, die auf das Gerät der betroffenen Personen gespeichert wird, um Einstellungen und andere Informationen über die von ihnen besuchten Seiten zu speichern und um das von ihnen verwendete Gerät zu identifizieren.

Ein Cookie wird vom Server der besuchten Website oder einem anderen Diensteanbieter im Browser des Besuchers platziert, der es auf dem vom Besucher verwendeten Gerät speichert. Jedes Mal, wenn die Seite geladen wird, sendet der Browser des Besuchers das Cookie erneut an den Server, der es liest und für einen bestimmten Zweck verwendet. Laut Gesetz dürfen nur Cookies, die für den Betrieb der Website erforderlich sind, ohne die Zustimmung des Besuchers auf dessen Gerät platziert werden (sog. Sitzungs-cookies und Cookies zur Betrugsprävention, Sicherheits-cookies). Diese Cookies können gelöscht oder blockiert werden, aber in diesem Fall ist es nicht sicher, dass die Website ordnungsgemäß funktioniert.

Andere Cookies von Dritten, wie z. B. Social-Media-Cookies für Statistiken oder Marketingzwecke, erfordern die Zustimmung und Einwilligung des Besuchers. Der Besucher kann in seinem Browser Cookies einsetzen, ändern oder löschen.

Der Verantwortliche verwendet Google Analytics-Lösungen zur Analyse der Aktivitäten der User. Die Platzierung von Cookies von Google Analytics hilft bei der Übertragung der Bedürfnisse der Nutzer an die Server und bei der Auswertung der statistischen Aufzeichnungen der Website, bei der Auswertung der Aktivitäten der Besucher und bei der Feststellung, wo die Besucher die Services nutzen. Daher verwendet der Verantwortliche die Cookies von Dritten zur Erfassung und Analyse der oben genannten Leistungen der Besucher, einschließlich der Dienste von Google Analytics. Die Abmeldung hiervon kann auf den Webseiten der Dienste Dritter über den Google Analytics Opt-out Browser erfolgen. Cookies, die zu diesen Zwecken gesetzt werden, dürfen nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis des Users installiert werden. Im Rahmen von Google Analytics werden die vom Webbrowser des Besuchers übermittelten technischen Daten nicht mit anderen Daten von Google zusammengeführt. Durch eine entsprechende Einstellung des Browsers des Users kann die Speicherung dieser Cookies verhindert werden (<https://support.google.com/analytics/answer/6004245?hl=de>).

Die auf der Webseite verwendete Cookies:

Quelle (Webseite, domain)	Name	Funktion/Zweck	Dauer
Google Analytics	ga	Statistiken	2 Jahre
Google Analytics	gid	Statistiken	24 Stunden

13 Datensicherheit

Der Verantwortliche verpflichtet sich, die Sicherheit der Daten zu gewährleisten, technische und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen und Verfahrensregeln festzulegen, um den Schutz der erfassten, gespeicherten und verarbeiteten Daten zu gewährleisten und ihre Vernichtung, unbefugte Verwendung- oder Änderung zu verhindern. Der Verantwortliche ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um die Sicherheit der Datenverarbeitung zu

gewährleisten und die erforderlichen internen Verfahren einzuleiten. Der Verantwortliche stellt sicher, dass die verarbeiteten Daten nicht von Unbefugten eingesehen, veröffentlicht, übermittelt, geändert oder gelöscht werden können.

Unter Berücksichtigung des Stands der Technik, der Implementierungskosten und der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie der unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen treffen der Verantwortliche und der Auftragsverarbeiter geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, um ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten; diese Maßnahmen schließen unter anderem Folgendes ein:

- die Pseudonymisierung und Verschlüsselung personenbezogener Daten;
- die Fähigkeit, die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme und Dienste im Zusammenhang mit der Verarbeitung auf Dauer sicherzustellen;
- die Fähigkeit, die Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten und den Zugang zu ihnen bei einem physischen oder technischen Zwischenfall rasch wiederherzustellen;
- ein Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung.

Bei der Beurteilung des angemessenen Schutzniveaus sind insbesondere die Risiken zu berücksichtigen, die mit der Verarbeitung verbunden sind, insbesondere durch — ob unbeabsichtigt oder unrechtmäßig — Vernichtung, Verlust, Veränderung oder unbefugte Offenlegung von beziehungsweise unbefugten Zugang zu personenbezogenen Daten, die übermittelt, gespeichert oder auf andere Weise verarbeitet wurden.

Einige Beispiele von Sicherheitsmaßnahmen:

- Der Zugang zu den Servern für die Datenerfassung und -speicherung des Unternehmens und der Dienstleister, die Daten für das Unternehmen verarbeiten, wird auf Mitarbeiter beschränkt, die eine spezifische Aufgabe im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten haben,
- Die informationstechnischen Systeme, Netze und Server des Verantwortlichen und seiner Dienstleister sind durch Antiviren-, Firewall- und andere Schutzsoftware geschützt,
- Der Verantwortliche legt wirksame interne Verfahren zur Behandlung von Datenschutzverletzungen fest, die erforderlichenfalls auch eine unverzügliche Benachrichtigung der betroffenen Person umfassen,
- Die Vernichtung der Daten erfolgt ebenfalls gemäß den Datenschutznormen und nach den vom Verantwortlichen festgelegten Verfahren.

14 Übermittlung und Bereitstellung von Daten

14.1 Übermittlung im Rahmen von Datenverarbeitung

Der Verantwortliche ist berechtigt, Dritte in Tätigkeiten einzubeziehen, die personenbezogene Daten betreffen, z. B. Speicherung von Daten auf Servern des Dienstleisters, Partners, IT-Dienste und Unterstützung durch den Dienstleister, Datenerfassung durch ein externes Unternehmen, Nutzung von Zahlungssystemen, usw. Der Verantwortliche darf nur einen Auftragsverarbeiter einsetzen, der angemessene Maßnahmen für die Einhaltung der Anforderungen der DSGVO und für die zusätzlichen Garantien bietet, die erforderlich sind, um den Schutz der Rechte der betroffenen Personen bei der Umsetzung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen zu gewährleisten.

Der Verantwortliche schließt einen Auftragsverarbeitungsvertrag mit seinem Dienstleister ab, wobei der Dienstleister den Verantwortlichen bei der Erbringung von Dienstleistungen und der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen unterstützt. Im Rahmen einer Verarbeitung durch einen Auftragsverarbeiter, der im Auftrag des Verantwortlichen personenbezogene Daten verarbeitet, muss der Auftragsverarbeiter gemäß den Anweisungen des Verantwortlichen handeln. Auftragsverarbeitungsverträge entsprechen in Form und Inhalt den geltenden Anforderungen der DSGVO und den von der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (abgekürzt „NAIH“) genehmigten Musterverträgen und Vertragsbestimmungen.

Fälle von Übermittlungen an Auftragsverarbeiter des Verantwortlichen:

- IT-Dienste,
- Datenerfassung, sonstige Verwaltungstätigkeiten, Buchhaltung, die von einem Auftragsverarbeiter durchgeführt werden,
- Vom Auftragsverarbeiter erbrachte Auftragsabwicklungsdienste (Ausstellung von Rechnungen).

14.2 Vertragliche Auftragsverarbeiter des Verantwortlichen

Der Verantwortliche nimmt die Dienste der folgenden Auftragsverarbeiter in Anspruch:

- Web-hosting: DotRoll Kft. (H-1148 Budapest, Fogarasi út 3-5.)
- Buchhaltung: Activum Tax Kft. (H-1173 Budapest, Szürkebegy utca 93-97. 2. a., beauftragter Buchhalter: Ákos Peőcz)
- Ausstellung von Rechnungen: KBOSS.hu Kft. (számlázz.hu, H-1031 Budapest, Záhony u. 7.)

15 Wahrung der Rechte der betroffenen Person

Gemäß den Bestimmungen der Artikel 15-20 der DSGVO hat die betroffene Person folgende Rechte in Bezug auf ihre, die vom Verantwortlichen verarbeiteten personenbezogenen Daten:

- Auskunftsrecht der betroffenen Person
- Recht auf Berichtigung
- Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung
- Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung
- Recht auf Datenübertragbarkeit
- Widerspruchsrecht
- Widerrufsrecht (Widerruf der Einwilligung der betroffenen Person)

Die betroffene Person kann einen schriftlichen Antrag auf Ausübung dieser Rechte an eine der Kontaktadresse des Verantwortlichen senden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche informiert die betroffene Person unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Antrags, über die aufgrund des Antrags getroffenen Maßnahmen. Wird der Verantwortliche nicht tätig, so teilt er dem Antragsteller unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Antrags, die Gründe der Untätigkeit mit. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet jeden Empfänger, dem die personenbezogenen Daten mitgeteilt wurden, über die Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Gibt der für die Verarbeitung Verantwortliche keine zufrieden stellende Antwort auf den Antrag der betroffenen Person, so hat diese das Recht, einen Rechtsbehelf einzulegen.

16 Rechte der betroffenen Person (Artikel 15-20 DSGVO)

16.1 Auskunftsrecht der betroffenen Person

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf folgende Informationen:

- die Verarbeitungszwecke;
- die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
- die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen;
- falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung; das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten;

- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 und — zumindest in diesen Fällen — aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

16.2 Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

16.3 Recht auf Löschung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- die Daten wurden auf der Rechtsgrundlage der Einwilligung der betroffenen Person verarbeitet wurden und die betroffene Person diese widerrufen hat und es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung gibt,
- die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet,
- die Daten wurden auf der Rechtsgrundlage der berechtigten Interessen des Unternehmens verarbeitet, und die betroffene Person hat auf der Grundlage einer Interessenabwägung erfolgreich Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt,
- die Verarbeitung ist unrechtmäßig,
- die Löschung ist gesetzlich vorgeschrieben - die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt,
- die Löschung wurde von einem Gericht oder der NAIH angeordnet.

16.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;

- der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder
- die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

16.5 Widerspruchsrecht

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden personenbezogene Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, so hat die betroffene Person das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widerspricht die betroffene Person der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Beruft sich der für die Verarbeitung Verantwortliche also auf ein berechtigtes Interesse an der Verarbeitung, haben die betroffenen Personen das Recht, der Verarbeitung zu widersprechen. Weist der für die Verarbeitung Verantwortliche jedoch nach, dass es Gründe für die Verarbeitung gibt, die die Interessen oder Rechte der betroffenen Person oder die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen überwiegen, darf der für die Verarbeitung Verantwortliche die Verarbeitung fortsetzen.

16.6 Recht auf Datenübertragbarkeit

Verarbeitet der für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten der betroffenen Personen mit deren Einwilligung oder zur Erfüllung eines Vertrags, kann die betroffene Person verlangen, dass der für die Verarbeitung Verantwortliche die verarbeiteten Daten an einen Dritten übermittelt.

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln.

16.7 Widerruf der Einwilligung

Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Die betroffene Person wird vor Abgabe der Einwilligung hiervon in Kenntnis gesetzt. Der Widerruf der Einwilligung muss so einfach wie die Erteilung der Einwilligung sein.

Sind die Daten in Zusammenhang mit einer unterschiedlichen entsprechenden Rechtsgrundlage erforderlich (z. B. nicht die Einwilligung der betroffenen Person, sondern gesetzliche Archivierungspflichten), dürfen die Daten nur für diesen Zweck verwendet werden und sind für alle anderen Zwecke eingeschränkt verfügbar.

16.8 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

17 Rechtsbehelf

Die betroffene Person hat die Möglichkeit:

- eine Beschwerde bei der Nationalen Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (NAIH) einzureichen (vertreten durch Dr. Attila András Péterfalvi, Sitz: Falk-Miksa-Straße 9-11, 1055 Budapest; Postanschrift: 1363 Budapest, Postfach 9; Telefon: +36-1-391-1400; Fax: +36-1-391-1410; E-Mail: ugyfelszolgalat@naih.hu; Webseite: www.naih.hu);
- ein gerichtliches Verfahren einzuleiten beim Gericht ihres Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes.